

## Rassistische Gesetzesinitiative auf den Müll

### Flashmob vor der SPD Parteizentrale gegen Verschärfung der Asyl- und Aufenthaltsgesetze – Bundesweiter Aktionstag

Am 03.12 will das Kabinett die umfassendsten Verschärfungen des Aufenthalts- und Asylrechts seit den 90er Jahren beschließen. Unter dem Namen „Gesetz zur Neubestimmung eines Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung“ macht die Bundesregierung Flucht juristisch und politisch zu einem Verbrechen. Die Folge wären Masseninhaftierungen von Schutzsuchenden in der Bundesrepublik. Der Gesetzentwurf ist Teil einer Reihe von Gesetzen zur Verschärfung der Rechte und Lebensbedingungen von Asylsuchenden und MigrantInnen in Deutschland. Erst vor kurzem wurden das Gesetz zur Erweiterung der Liste der Sicheren Herkunftsstaaten und die Neuauflage des Asylbewerberleistungsgesetzes beschlossen – beide verfassungsrechtlich umstrittene und auf Abschreckung und Abwehr zielende Gesetze. Mit dem aktuellen Gesetzesvorhaben soll nun Anfang 2015 ein weiterer Schritt im Abbau von grundlegenden Menschenrechten den Bundestag passieren.

„Durch das Gesetz werden Asylsuchende kriminalisiert und Personen, deren Asylgründe nicht anerkannt werden, mit allen erdenklichen Strafmaßnahmen belegt“ so eine Sprecherin der AG *Flucht ist kein Verbrechen* Bremen. Für die Betroffenen hieße das: Ausweitung von Arbeitsverboten und Leistungskürzungen sowie ausweglose Kettenduldungen anstatt eines dauerhaften Bleiberechts.

Mit den Gesetzesvorhaben werden zudem Verbesserungen für eine Gruppe durch drastische Einschnitte für eine andere Gruppe durchgesetzt. So werden Personengruppen gegeneinander ausgespielt, um den erwarteten Protest zu zersplittern: Verbesserungen für die im Rahmen eines Kontingents aufgenommenen Flüchtlinge sollen zu erheblichen Verschlechterungen bei denjenigen führen, die ihre Reise selbst organisieren oder entgegen dem Dublin-Regime nach Deutschland weiterreisen. Menschen mit Duldungsstatus, die hier schon lange leben, sollen gegen neu eintreffende Flüchtlinge ausgespielt werden.

Mit dem Flashmob am 04.12.2014 vor der SPD Parteizentrale soll der Protest gegen die stückweise Aushöhlung des Asylrechtes sowie die Kriminalisierung von Menschen ohne deutschen Pass ausgedrückt werden. Die SPD ist als regierungsbeteiligte Fraktion direkt mitverantwortlich für diese Gesetzesvorhaben. „Wir werden das rassistische Vorhaben symbolisch dort hin werfen, wo es hingehört: auf den Müll“ erklärt die Sprecherin der AG *Flucht ist kein Verbrechen* aus Bremen. Die Aktion ist Teil einer bundesweiten Kampagne. In dieser Woche gibt es in vielen Städten Flashmobs und Demonstrationen.

Die Forderungen des Bündnisses lauten: Das Gesetzesvorhaben muss komplett gestoppt werden. Die bereits beschlossenen Gesetze müssen zurück genommen werden.

Gleiche Rechte für Alle!

Ansprechpartnerin: Anna Schröder – 0157 35705979